



REDAKTIONELLE STELLUNGNAHME ZUR INITIATIVE «ENERGIE- STATT MEHRWERTSTEUER» DER GLP

Der «Königsweg» ist ein Irrweg

Die Energiesteuer, mit der die GLP die Energiewende vorantreiben will, beinhaltet einen fatalen Konstruktionsfehler. Das Vorhaben gefährdet den Bundeshaushalt und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Damit macht es die Partei ihren Gegnern im Abstimmungskampf etwas gar einfach. Von **Dominic Wirth**

Die GLP sitzt ziemlich alleine im Boot, in das sie viele holen wollte. Das Prestigeprojekt ist für die Partei zu einer Belastung geworden.

Wir verbrauchen mehr Energie, als wir sollten, und wir beziehen diese Energie zu oft von den falschen, nämlich den nichterneuerbaren Energieträgern: Auf diese Problemdiagnose hat man sich mehr oder weniger geeinigt in der Schweizer Politik. Der Bund sieht das so, und auch ein grosser Teil des Parlaments. Das Problem allerdings ist nur das eine; das andere ist die Lösung. Und hier ist es bald einmal vorbei mit der Einigkeit. Es gibt verschiedene Ideen, wie der Verbrauch von Benzin, Diesel, Heizöl oder Erdgas reduziert werden soll. Wie man die Verbraucher dazu bringt, Energie aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Und sie bewusster und damit effizienter zu nutzen.

Eine stammt von den Grünliberalen, sie haben dafür eine Volksinitiative mit dem Titel «Energie- statt Mehrwertsteuer» lanciert. Am 8. März entscheidet das Volk über das Anliegen, und schon jetzt zeichnet sich ab, dass es scheitern wird. Die Partei, die grün sein will und liberal zugleich, wollte es zu vielen recht machen. Das Problem ist nur, dass sie jetzt ziemlich alleine in diesem Boot sitzt, in das sie mit ihrem Prestigeprojekt viele holen wollte. Und dass nicht einmal jene mitrudern wollen, die doch eigentlich ganz besonders profitieren sollen, zeigt vor allem eines: wie sehr sich die GLP verrannt hat mit ihrer Idee.

Der grösste Mangel der Initiative verdichtet sich in einer Zahl. Es ist eine

Zahl, die den Grünliberalen immer wieder um die Ohren geschlagen wurde: Die vom Preis des letzten Liters Benzin, der 22 Milliarden Franken kosten würde, wenn denn alles so kommt, wie es die Partei mit ihrer Initiative anstrebt. Nun ist diese Rechnung natürlich eine vereinfachte, eine grob vereinfachte gar. Doch sie illustriert eben doch den fatalen Konstruktionsfehler der geplanten Energiesteuer.

Weil die Grünliberalen sich nicht vorwerfen lassen wollen, mit der Initiative die Staatsquote zu erhöhen, schlagen sie vor, die Energiesteuer anstelle der Mehrwertsteuer einzufordern. Das bedeutet auch, dass die Energiesteuer ungefähr 22 Milliarden Franken in die Kassen des Bundes spülen müsste. So hoch waren die Erträge aus der Mehrwertsteuer im Jahr 2013. Und ohne einen Ersatz für diese Einnahmen – immerhin rund ein Drittel der gesamten Steuererträge des Bundes – geht es nicht, das wissen auch die Grünliberalen. Sie schlagen deshalb einen Mechanismus vor, der sicherstellen soll, dass die Einnahmen des Bundes aus der Energiesteuer im gleichen Rahmen bleiben wie bisher aus der Mehrwertsteuer. Der Denkfehler liegt darin, dass diese Einnahmen von der Energiesteuer kommen sollen. Einer Lenkungsabgabe also, die doch eigentlich den Konsum des besteuerten Gutes verringern und schliesslich ganz zum Erliegen bringen soll. In letzter



Konsequenz würde das, wie von den Gegnern der Initiative genüsslich vorgerechnet, bedeuten: Der letzte verbrauchte Liter Benzin muss 22 Milliarden Franken einbringen.

So weit wird es natürlich nicht kommen, doch fest steht: Die Preise für Energie aus nichterneuerbaren Quellen würden massiv steigen. Der Bundesrat schätzt, dass ein Liter Heizöl ein paar Jahre nach der Einführung der Energiesteuer 3.30 Franken kosten müsste, ein Liter Benzin 3 Franken. Das missfällt der Wirtschaft, gerade jetzt, wo der Franken so stark ist und die Zeiten auch sonst unsicher sind, weil niemand weiss, wie es mit den Beziehungen zur EU weitergehen wird. Eigentlich wollte die GLP die Unternehmen mit der Abschaffung der bürokratieintensiven Mehrwertsteuer ködern. Doch gelungen ist das nicht. Nicht einmal Swisscleantech, der Verband der grünen Wirtschaft, kann sich mit der Initiative anfreunden. Dabei versprechen die Initianten diesem Wirtschaftszweig bei einem Ja rosige Zeiten. Dennoch hat Swisscleantech die Stimm-


freigabe beschlossen – zum grossen Ärger der GLP.

Nur die Grünen haben sich zu ihr gesellt, dazu die Umweltschützer von Greenpeace, VCS und WWF und das Konsumentenschutzforum.

Das liegt auch daran, dass die Energiesteuer laut dem Bund eine unerwünschte sozialpolitische Wirkung hätte. Sie würde nämlich Haushalte, die sowieso schon wenig Geld zur Verfügung haben, stärker belasten als alle anderen. Denn für diese Haushalte fallen die Energiekosten anteilmässig höher ins Gewicht.

«Der Königsweg für den Atomausstieg», so betiteln die Grünliberalen ihre Energiesteuer-Idee vollmundig. Wahr ist: Die Partei befindet sich mit ihrer ersten Volksinitiative auf einem Irrweg. Sie dürfte deshalb dem 8. März mit wenig Vorfreude entgegenblicken. Das Prestigeprojekt für die Parlamentswahlen ist für die Partei zur Belastung geworden.

dominic.wirth@tagblatt.ch

8. März 

ARGUS WIRTSCHAFTS
Energiesteuer

Vorlage: Mit der Energiesteuer auf nicht erneuerbare Energieträger will die GLP den Konsum von erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz fördern. Die Energiesteuer soll die Mehrwertsteuer ersetzen.

Befürworter: GLP, Grüne, Greenpeace, VCS, WWF.

Gegner: CVP, BDP, FDP, SP, SVP, Travail.Suisse, Gewerbeverband, Economiesuisse, Bauernverband.